

1. Ausgabe - 15. Januar 2008

Dass LINKS weiter wirkt, hängt von uns ab

Die Parteivorsitzenden Lothar Bisky und Oskar Lafontaine wenden sich aus Anlass des Jahreswechsels mit einem Brief an die Mitglieder und Sympathisantinnen und Sympathisanten der Partei DIE LINKE:

Liebe Freundinnen, liebe Freunde!
Liebe Genossin, lieber Genosse!
Ein lebhaftes, ein erfolgreiches Jahr liegt hinter uns. 2007 haben wir die Partei DIE LINKE gegründet, eine neue Partei mit Geschichte und Zukunft, eine Stimme der Ermutigung für eine alternative Politik in Deutschland und in Europa. Gemeinsam ist es gelungen, Skepsis und Befürchtungen auf der Suche nach einer erweiterten Identität zu überwinden.

Über 4.000 Menschen haben sich seit Juni 2007 für DIE LINKE entschieden. Wir möchten Euch, den erwartungsfrohen Neuen und den erfahrenen Mitgliedern, Dank sagen. Wir danken für Eure Leidenschaft für die LINKE, für Ideenreichtum und Engagement für mehr soziale Gerechtigkeit. Wir haben gemeinsam etwas auf den Weg gebracht, was zugleich die Herausforderungen für 2008 und 2009 in sich trägt: Die LINKE verändert das Land, sie wirkt. Es gibt wieder eine Adresse für eine neue soziale Idee, für mehr demokratische Mitbestimmung, für Abrüstung und Frieden. DIE LINKE fordert nicht nur gerechtes Wirtschaften und ökologische Vernunft, sie setzt sich

für einen Sozialstaat ein, der diesen Namen verdient.

Im neuen Jahr werden wir weiter für einen gesetzlichen Mindestlohn, für eine armutsfeste Rente, für steuerfinanzierte Kita-Plätze, für die Rekommunalisierung von öffentlichem Eigentum und gegen Militäreinsätze kämpfen. Wir wollen Politik verändern!

Dass DIE LINKE weiter wirkt, hängt von uns allen ab, und von unserem Kampf für soziale Gerechtigkeit, für mehr direkte Demokratie, für friedliche Konfliktlösungen weltweit.

Wir wünschen Euch ein schwungvolles Jahr 2008, Erfolg, gute Ideen und viel Tatkraft.

Lothar Bisky und Oskar Lafontaine

„Auch Linke können ja sagen.“

Leipziger Linkspartei startet Unterstützungskampagne für Bürgerentscheid

Am Montag, den 7. Januar 2008 startete der Leipziger Stadtverband der Partei DIE LINKE unter dem Motto „Auch Linke können ja sagen“ eine eigenständige Unterstützungskampagne für den Bürgerentscheid am 27. Januar 2008. Zu den Bestandteilen der Kampagne zählt neben der stadtweiten Anbringung von 2.000 Plakaten auch die Verteilung von insgesamt 100.000 Flyern, die in den nächsten Tagen über die Basisstrukturen der Partei an die Leipziger Haushalte gelangen. Darüber hinaus führt die Linkspartei in den nächsten Wochen zahlreiche Informationsveranstaltungen durch, in der wir

den Bürgerinnen und Bürgern verdeutlichen wollen, dass sie zum ersten Mal in der Geschichte der Stadt nach 1990 die Chance haben, eine wesentliche kommunale Entscheidung selbst zu treffen. Die Partei DIE LINKE ruft dazu auf, am 27. Januar für den Erhalt des kommunalen Eigentums zu entscheiden. Informationen zu Veranstaltungen und Terminen sind im Internet unter www.die-linke-in-leipzig.de, die Informationen und Termine der Bürgerinitiative sind unter www.buergerbegehren-leipzig.de abrufbar.

Dr. Volker Külow

**AUCH LINKE
KÖNNEN**

JA sagen.

27. JANUAR - BÜRGERENTSCHEID

**JA zu städtischer Energie.
JA zu städtischen Wohnungen.
JA zu städtischem Eigentum.**

DIE LINKE.

Arbeitsplan des Stadtvorstandes DIE LINKE. Leipzig Januar bis Juni 2008

I. Arbeitsschwerpunkte

- Bestandteil des Arbeitsplanes ist das von der Stadtdelegiertenkonferenz beschlossene Aktionsprogramm 2007/2008
- Ständige Tagesordnungspunkte der Stadtvorstandssitzungen:
 - Protokoll- und Beschlusskontrolle
 - Einschätzung der aktuell-politischen Lage
 - Anträge

II. Beratungen des Stadtvorstandes

8. Januar 2008

- Informationen und Vorbereitung Bürgerentscheid
- Vorbereitung der 2. Tagung des 1. Stadtparteitages
- Stand der Vorbereitungen Liebknecht-Luxemburg-Ehrung in Leipzig
- Diskussion und Beschluss zum Referentenkatalog
- Einberufung Stadtjugendtag

22. Januar 2008

- SV im Dialog mit LINKE. SDS Leipzig
- Stand Bürgerentscheid
- Jahresabschluss Finanzen 2007
- Unterstützung Wahlen 2008 im Westen
- Vorbereitung Treffen mit den Stadtbezirksbei- und Ortschaftsräten

12. Februar 2008

- SV im Dialog mit LEIPZIGS NEUE
- Generalevaluierung
- Auswertung Bürgerentscheid
- Vorbereitung des 8. März 2008

26. Februar 2008

- SV im Dialog mit AG Soziale Politik
- Beschluss und Diskussion des Kommunikationskonzeptes
- Beschluss zur Spendenkampagne Wahlkampf 2009
- Auswertung der 2. Tagung des 1. Stadtparteitages

11. März 2008

- SV im Dialog mit der Ökologischen Plattform
- Bericht der AG Personalentwicklung
- Stand der weiteren Strukturveränderungen im Stadtverband und Bericht der Verantwortlichen aus den Stadtbezirken

25. März 2008

- Bericht zum Stand der Kampagne Neumitgliedergewinnung und der Arbeit der Neumitgliederbeauftragten
- Beschluss zur Konzeption „Gedenkstätte im LHL“
- Vorbereitung 1. Jugendevent 2008

8. April 2008

- Finanzbericht I/2008
- Vorbereitung 1. Mai 2008
- Internationale Kontakte der Partei DIE LINKE. Leipzig
- Diskussion zu Demokratiesierung und BürgerInnenrechte

22. April 2008

- SV im Dialog mit der AG Betriebe und Gewerkschaft
- Auswertung der Klausur mit der Fraktion
- Bericht der AG Praktika
- Diskussion des Entwurfes der Ökologischen Leitlinien

13. Mai 2008

- Evaluierung der Angebote für Neumitglieder
- Diskussion des Entwurfes der Sozialpolitischen Leitlinien
- Bericht der Beauftragten für politische Bildung
- Bericht der AG „Liebknecht-Haus“

27. Mai 2008

- SV im Dialog mit der AG Senioren
- Durchführung der Generalevaluierung
- Auswertung des Bundesparteitages
- Stand der Vorbereitungen für die Seniorenkonferenz Sachsen
- Diskussion des Entwurfes der Drogenpolitischen Leitlinien

10. Juni 2008

- Diskussion des Entwurfes der Jugendpolitischen Leitlinien
- Diskussion der gewerkschaftspolitischen Standpunkte
- Einbringung Arbeitsplan II/2008

24. Juni 2008

- SV im Dialog mit der AG cuba si
- Diskussion und Beschluss zu den Wahlkampfstrukturen 2009
- Bericht der AG Personalentwicklung
- Diskussion des Entwurfes der Leitlinien zur Stadtentwicklung
- Beschluss des Arbeitsplanes II/2008

III. weitere Termine und Veranstaltungen

13. Januar 2008 LL-Ehrung in Berlin

15. Januar 2008 LL-Ehrung in Leipzig

27. Januar 2008 Bürgerentscheid

27. Januar 2008 Ehrung der Opfer des Nationalsozialismus mit Kranzniederlegung

9. Februar 2008 Stadtjugendtag DIE LINKE. Leipzig

23. Februar 2008 2. Tagung des 1. Stadtparteitages DIE LINKE. Leipzig

8. März 2008 Frauentag

15. März 2008 gemeinsame Beratung des SV mit den Stadtbezirksbei- und Ortschaftsräten

5. April 2008 Klausurberatung Stadtvorstand und Stadtratsfraktion

30. April 2008 Leipzig zeigt COURAGE. Konzert vorm Völkerschlachtdenkmal

1. Mai 2008 Maidemonstration

8. Mai 2008 Tag der Befreiung mit Kranzniederlegung

20. Mai 2008 Beratung mit den Delegierten zum Bundesparteitag

24./25. Mai 2008 Bundesparteitag

21. Juni 2008 Jugendevent

Juni/Juli Seniorenkonferenz DIE LINKE. Sachsen

Berufung der AG Öffentlichkeitsarbeit

Der Stadtvorstand hat in seiner Sitzung am 11. Dezember 2007 die AG Öffentlichkeitsarbeit i. S. d. Satzung berufen. Ihr gehören folgende Mitglieder an: Steffi Deutschmann, Thomas Dudzak, Sylvia Höhne, Sören Pellmann und Pia Probst.

Antragsschluss

Der Antragsschuss für Anträge an die 2. Tagung des 1. Stadtparteitages ist der 30. Januar 2008 - 12:00 Uhr.

Veranstaltungen der Bürgerinitiative oder Teilnahme von VertreterInnen der Initiative



16. Januar 2008 - 19:00 Uhr

„Wohnen ist Menschenrecht“ - Erfahrungen der Bürgerinitiative in Freiburg - Veranstaltung mit Bernd Wagner (Bürgerinitiative „Wohnen ist Menschenrecht“ Freiburg) Erfahrungsbericht aus Freiburg Vortrag und Diskussion Volkshaus, ver.di Saal (5. Etage)

17. Januar 2008

Bürgerverein Schönefeld e. V. - Info und Diskussionsabend zum Bürgerentscheid und zur Thematik Privatisierung. Zu Gast Dr. Hans Gert Gräbe

17. Januar 2008 - 19:00 Uhr

„Ja zum Stadtwerke-Anteilsverkauf. Nein beim Bürgerentscheid“ Gegenver-



anstaltung der SPD Südost

Zu Gast: Axel Dyck, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Leipziger Stadtrat - Hingehen und mitreden!

Gartenfreunde Südost, An der Tabaksmühle 44 a

18. Januar 2008 - 19:30 Uhr

LVZ-Forum: Privatisierung. Eine Veranstaltung der Leipziger Volkszeitung Kuppelsaal LVZ, Peterssteinweg

21. Januar 2008 - 19:00 Uhr

Diskussionsveranstaltung zum Bürgerentscheid und zu den geplanten Privatisierungen im Bürgerverein Waldstraßenviertel

22. Januar 2008 - 18:00 Uhr

„Privatisierung - Königsweg oder Sackgasse?“ - Veranstaltung der Ini Bürgerbegehren mit Harald Klimenta zu Privatisierung, Alte Nikolaischule

23. Januar 2008 - 19:00 Uhr

„Deprivatisierung und dann? - Linke Perspektiven in Bezug auf öffentliche Daseinsvorsorge-Verwaltung“, mit Andrej Holm, Stadtsoziologe aus Berlin, Kooperationsveranstaltung von Linxxnet und StuRa Uni Leipzig, linXXnet, Bornaische Str. 3 d

23. Januar 2008 - 18:30 Uhr

Rettet der Verkauf der Stadtwerke das verschuldete Leipzig? Zu Gast: Dr. Ilse Lauter (Fraktionsvorsitzende DIE LINKE im Stadtrat zu Leipzig). Eine Veranstaltung von DIE LINKE, Basisorganisation Messemagistrale, Stadtteilzentrum Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10 a

24. Januar 2008 - 18:00 Uhr

„Sellerhäuser Gespräch zum geplanten Bürgerentscheid zur Privatisierung“ [Gespräch mit Stadträten und Initiative] OFT Club, Püchauer Str. 4

25. Januar 2008 - 15:00 Uhr

Podiumsdiskussion mit: Vertreter Bürgerinitiative, Dr. Ilse Lauter (DIE LINKE.), Gisela Kallenbach (B90/Grüne), evtl. jemandem von SPD (Unterstützer) Volkshochschule, Löhrrstraße

ICH STIMME MIT JA!

Ihr Gunter Böhnke



25. Januar 2008 - 20:00 Uhr

Film und Soliparty mit Konzert (Bands: Los Twang Marvels, The King Kongs, + DJ), Haus Leipzig, Elsterstraße

27. Januar 2008 - 8:00 Uhr

Bürgerentscheid!

ab **28. Januar 2008**

Abnahme und Einsammeln der Plakate (wir brauchen die alle wieder - da zum großen Teil nur geliehen aus anderen Städten)

ICH STIMME MIT JA!

Ihr Cornelius Weiss



Infos im Netz

weitere Infos unter:

www.april-netzwerk.de

www.buergerbegehren-leipzig.de

Landesbank-Desaster bedarf juristischer Konsequenzen LINKE fordert Generalstaatsanwalt zum Handeln auf

Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag, Dr. André Hahn, hat sich wegen des Notverkaufs der Sachsen LB in einem Brief an den Generalstaatsanwalt des Freistaates Sachsen, Klaus Fleischmann, gewandt und die Prüfung strafrechtlicher Konsequenzen für die Verantwortlichen gefordert. Dazu Dr. Hahn: Jeder kleine Steuersünder, der ein paar Hundert Euro nicht korrekt angegeben hat, wird von den dafür zuständigen Behörden unnachgiebig verfolgt. Im Fall der Sachsen LB wurden durch unverantwortliche politische Vorgaben und mangelnde Kontrolle bereits jetzt weit mehr als eine Milliarde Euro an Staatsvermögen verschleudert. Hinzu kommt die übernommene Garantie des Freistaates für künftige Verluste von bis zu 2,75 Mrd. Euro, die zumindest teilweise, womöglich aber auch vollständig in Anspruch genommen werden wird. Angesichts dessen ist aus Sicht der Linksfraktion zwingend geboten, unverzüglich zu prüfen, ob dieser Schaden in strafrechtlich relevanter Weise fahrlässig oder gar vorsätzlich herbeigeführt worden ist. In Betracht kommen

dabei z. B. Straftaten wie Untreue zum Nachteil der Landesbank, der Anteilseigner und des Freistaates Sachsen, Urkunden- und Bilanzfälschung, Vorteilsnahme, Verstöße gegen das Banken- und Steuerrecht sowie gegen gesetzliche Aufsichtspflichten.

Als mögliche Beschuldigte kommen dabei insbesondere infrage: der Ministerpräsident des Freistaates Sachsen und frühere Finanzminister Georg Milbradt, die früheren Finanzminister Thomas de Maiziere und Horst Metz sowie deren Staatssekretäre, die Vorstände der Sachsen LB, der Sachsen LB Europe und der Corporate Finance Holding GmbH sowie eventuell eingesetzte Geschäftsführer verschiedener weiterer Tochterfirmen, die Mitglieder des Präsidialausschusses, die Mitglieder des Kreditausschusses, die Mitglieder des Bilanz- und Prüfungsausschusses und die Mitglieder des Verwaltungsrates der Sachsen LB, sofern sie dem Gremium in jenen Zeiträumen angehörten, in denen die Entscheidungen zum Strategiewechsel der Bank und zu den extrem risikobehafteten Geschäften

getroffen wurden, die letztlich zum Notverkauf der Landesbank führten.

Wir wollen vom Generalstaatsanwalt wissen, ob in der Angelegenheit bereits aufgrund vorliegender Anzeigen oder von Amts wegen Ermittlungen aufgenommen wurden oder ob dies beabsichtigt ist. Andernfalls ist zu prüfen, ob wir selbst eine förmliche Strafanzeige stellen. Im Schreiben an Generalstaatsanwalt Fleischmann habe ich zudem meine Hoffnung auf eine andere, bessere Zusammenarbeit als mit dessen Amtsvorgänger Schwalm zu Ausdruck gebracht. Ich setze darauf, dass in Sachsen künftig auch die Verfolgung von Regierungskriminalität mit dem notwendigen Nachdruck durchgeführt und nicht länger behindert wird, wie das in den Fällen Arzberg-Beilrode, Paunsdorf, der illegalen CDU-Wahlwerbekampagne „Sachsen für Sachsen“ sowie dem Fördermittelskandal um QMF und ZMD geschehen ist, durch die dem Land Schaden in hoher dreistelliger Millionenhöhe entstand, ohne dass auch nur ein einziger der dafür verantwortlichen Politiker verurteilt wurde. Das darf sich bei der juristischen Aufarbeitung des Landesbank-Desasters nicht wiederholen!

Jugendstrafrecht darf kein Tummelplatz für Law-and-Order-Freaks werden

Zur aktuellen Debatte um Pläne der Bundes- und Sachsen-CDU zur Verschärfung des Jugendstrafrechts erklärt der verfassungs- und rechtspolitische Sprecher der Linksfraktion Klaus Bartl: Hochgekocht von der Hessen-CDU im heißen Wahlkampf wetteifern CDU- und CSU-Größen, gelegentlich assistiert durch Wortführer aus der rechtsextremen Ecke, um die „besten Ideen“ zur Verschärfung des Jugendstrafrechts. Das reicht vom Nachahmen des als „Erziehungscamp“ apostrophierten amerikanischen Modells des Jugendwerkhofs bis zur Wiederbelebung der einst so verpönten DDR-Sofort-Haftstrafe, die hierzulande dann „Warnschussarrest“ heißen soll. Praktiker wie Richter, Kriminalisten, Strafverteidiger und Kriminologen wenden sich ab mit Grausen. Das aber stört Staatsminister Mackenroth nicht. Kraftmeierisch fordert er, den Erwachsenenvollzug auf 18- bis 21-Jährige anzuwenden und den Jugendstrafrahmen bis auf 15 Jahre zu erhöhen. Blenderisch erklärt er, das gerade beschlossene Sächsische Jugendstraf-

vollzugsgesetz eröffne bereits jetzt Möglichkeiten für einen „Warnschussarrest“. Abgesehen davon, dass - wie bundesweit - auch in Sachsen die Zahl der Jugendstraftaten rückläufig ist, kann es nie schaden, darüber nachzudenken, wie der Jugendgewalt allgemein und aus der rechtsextremistischen Ecke im Besonderen wirksamer begegnet werden kann. Dies aber muss fernab von Wahlkampfgetümmel ruhig und konzeptionell durchdacht geschehen. Konzeptionell vor allem deshalb, weil Zurückdrängung von Jugendkriminalität nicht bei Gefängnisbau oder Strafverschärfung beginnt, sondern bei mehr Bildung und Freizeitangeboten, intensiverer pädagogischer Betreuung, frühzeitiger Intervention und bei einer Ermittlungspraxis, die gewährleistet, dass straffällig gewordene Jugendliche unverzüglich er-

zieherische Reaktionen erfahren. Nicht ohne Grund sieht § 44 JGG vor, dass bei jugendlichen Straftätern, die mit einer Haftstrafe zu rechnen haben, in der Regel schon die Vernehmung im Ermittlungsstadium durch einen Jugendstaatsanwalt oder Jugendrichter erfolgen

27. Januar: Bürgerentscheid!

Am 27. Januar 2008 entscheiden Sie, ob unser Krankenhaus, unsere Stadtreinigung, unsere Stadtwerte, unsere Wasserversorgung, unsere Wohnungsgesellschaft und unser öffentlicher Personennahverkehr, auch in Zukunft in unserem gemeinsamen Besitz bleiben.

40.000 Bürgerinnen und Bürger erzwangen diesen Entscheid durch ihre Unterschrift. Damit haben die Leipziger zum ersten Mal in der Geschichte der Stadt nach 1990 die Chance, eine wesentliche kommunale Entscheidung selbst zu treffen.

DIE LINKE ruft dazu auf, sich bei diesem Entscheid konsequent für das kommunale Eigentum zu entscheiden, weil

1. Verkaufserlöse einmalig sind und der städtische Haushalt damit nicht dauerhaft saniert werden kann;
2. der Verkauf mit höheren Preisen und Tarifen von den Leipzigerinnen und Leipzigern künftig teuer bezahlt wird;
3. die Kommune an Einfluss und Gestaltungsmacht verliert;
4. Arbeitsplätze zu auskömmlichen Löhnen wegfallen und
5. Gewinne nicht mehr sozial verwertet werden.

Fazit: Ein Verkauf des Eigentums macht die Konzerne reicher und alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt ärmer. Das ist zu tiefst ungerecht und muss daher verhindert werden!

Beachten Sie bei Ihrer Entscheidung: jeder Ärger, den Sie gelegentlich mit den städtischen Betrieben hatten, wird ein Nichts gegenüber der Ohnmacht sein, die sie empfinden werden, wenn das Kapital an der Gewinnschraube dreht.

Entscheiden Sie selbst!

soll, um schon hier maßgeblich Erziehungs- und Warnwirkung zu erzielen. Diese Gesetzesnorm wird in der Realität gerade auch in Sachsen mangels Personal und konzeptioneller Jugendstrafpolitik kaum angewandt. Weil sachliches Handeln mehr hilft als wirres Getöse von Koch bis Mackenroth, wird die Linksfraktion in

den nächsten Tagen einen Antrag einbringen, der die Staatsregierung auffordert, dem Landtag bis Ende März ein qualifiziertes Konzept zur Präventions- und Interventionsarbeit auf dem Gebiet von Jugendkriminalität und Jugendgewalt vorzulegen. Darüber hinaus werden wir eine Novelle zu dem erst im Dezember be-

schlossenen Sächsischen Jugendstrafvollzugsgesetz vorlegen, mit welcher die rechtlichen und damit auch personellen, finanziellen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen werden, um Jugendstrafen differenziert auch in alternativen Lockerungsformen vollziehen zu können.

Lohnentwicklung: SPD muss Worten endlich Taten folgen lassen

Zu den Äußerungen von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück zur Lohnentwicklung erklärt Oskar Lafontaine, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE: Die Einsicht des Bundesfinanzministers, „noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland war die Entwicklung der Lohneinkommen über einen so langen Zeitraum so schwach“, kommt spät. Jahrelang hat die SPD-Führung die neoliberale These vertreten, dass eine zurückhaltende Lohnpolitik Vorausset-

zung wirtschaftlichen Wachstums sei. Die neue Erkenntnis Steinbrücks, „ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum sei aber nur möglich, wenn neben dem Exportsektor auch die Binnennachfrage und damit die Binnenwirtschaft an Kraft gewinne“, gilt aber nicht nur in diesem Jahr. Sie ist von den Sozialdemokraten sträflich vernachlässigt worden, wie nicht zuletzt die Mehrwertsteuererhöhung gezeigt hat. Entscheidend ist, dass die Verweigerung

eines gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohnes, Hartz IV, befristete Arbeitsverträge, die Ermöglichung unbegrenzter Leiharbeit und die gesetzliche Freigabe der Umwandlung regulärer Arbeitsverhältnisse in Mini-Jobs eine faire Lohnfindung in Deutschland unmöglich gemacht hat.

Nur wenn die SPD diese Gesetze revidiert, ist ihre Klage über die schlechte Lohnentwicklung glaubwürdig.

Ein erster Test auf die Glaubwürdigkeit der SPD-Führung sind die anstehenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst.

BGH bestätigt Kritik an Ermittlungen gegen G8-Protest

Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe hat festgestellt, dass die Durchsuchungen von Angehörigen der globalisierungskritischen Bewegung im Vorfeld des G8-Gipfels rechtswidrig waren. Dazu erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE:

Ich begrüße die heutige Entscheidung des Bundesgerichtshofs. Sie ist eine schallende Ohrfeige für die Generalbundesanwaltschaft. Davon hat es in letzter Zeit einige gegeben. Erinnerung sei zum Beispiel an die Entscheidung des BGH, die „militante Gruppe“ nicht als terrori-

stische Vereinigung einzustufen. Der Generalbundesanwaltschaft und dem Staatsschutz ging es bei den Razzien im Mai vergangenen Jahres nicht um die Jagd auf vermeintliche „Terroristen“ in der globalisierungskritischen Bewegung. Es ging darum, die Szene zu durchleuchten und im Vorfeld des G8-Gipfels für Eskalation zu sorgen. Der BGH hat „nachhaltige Zweifel“ geäußert, ob es im vorliegenden Fall überhaupt eine strafrechtlich relevante - also terroristische oder kriminelle - Vereinigung gab. Das polizeiliche und juristische Vorgehen gegen die Protestbewegung und ihre

Diffamierung als terroristisch war politisch ein Skandal. Nun hat der BGH klargestellt, dass es dazu auch rechtswidrig war. Es stellt sich allerdings die Frage, warum die Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof sich solche Fälle nicht genauer ansehen, bevor sie die Genehmigung für solche Großrazzien wie im Mai letzten Jahres erteilen. Denn so peinlich wie die Begründung der Generalbundesanwaltschaft damals war, so peinlich war es zumindest auch, diese Begründung scheinbar ungeprüft zu übernehmen. Nicht nur bei der Generalbundesanwaltschaft, auch beim Bundesgerichtshof müssen nun Konsequenzen gezogen werden.

bis 31. Januar 2008 im linXXnet Ausstellung Bolivien- ein Land im Wandel. Politischer Paradigmenwechsel & antineoliberale Wiederaneignung

Bolivien, ein rohstoffreiches Land mit einer vergleichsweise starken und alten indigenen Kultur. Bolivien, das zweitärmste Land Südamerikas. Die schlechte Lebenssituation der Bevölkerungsmehrheit hat ihre Wurzeln in der ehemals kolonialen Ausbeutung des Landes und der nach wie vor bestehenden rassistischen Klassengesellschaft. Sie verschlimmerte sich in den vergangenen

drei Jahrzehnten durch eine extrem neoliberale Wirtschaftspolitik. An den Fragen von Entlohnung, der Versorgung und Preise von Wasser und Gas, dem Kampf gegen die Rodung der Kokapflanzungen entzündeten sich seit der Jahrtausendwende massive Aufstände. Die sozialen Bewegungen im Lande wuchsen während dieser Auseinandersetzungen in ihrem Einfluss und erheben heute den

Anspruch, als Vierte Macht im Staatswesen zu gelten.

Seit 2006 regiert Evo Morales an der Spitze des Movimiento al Socialismo als erster indigener Staatspräsident Amerikas. Als wichtigste Ziele gelten die Wiederverstaatlichung der natürlichen Ressourcen Boliviens, die Umverteilung von Agrarland und die demokratische Umgestaltung der Staatsverfassung.

Die Foto-Ausstellung der Projektgruppe „Kurmi“ im Biko e.V. zeigt Impressionen aus Leben und Kampf der Indigenas in El Alto und Chapare. *Juliane Nagel*

Sozialpolitik - Was sich sofort ändern muss

Das Jahr 2007 ist vorüber. Hartz IV ist nicht verbessert, sondern weiter verschlechtert worden. Demgemäß steht auch bis 2009 und in der absehbaren Folgezeit einer Wahl keine grundsätzliche Verbesserung der Lage für Arme in Deutschland, in Sachsen und auch nicht in Leipzig auf dem Programm. Nicht einmal Frisuren des Schröderschen Jahrhundertwerkes sind zu erwarten. 2010 heißt auch für die SPD 2010. Für sozial gerechte Politik einzutreten, bedeutet für eine parlamentarisch vertretene Linke im Land Sachsen und den sächsischen Kommunen, dass sie neben den langfristig zu steckenden Zielen von sozial- und kulturpolitischer Veränderung ein akutes Schrittmass zur Beschaffung von Soforthilfen aufnehmen muss, welches Bedürftigen (Hartz IV-Empfänger, Studierende, Sozialrentner, Heimbewohner sowie Migranten, Armutsfamilien und deren Kinder) ein würdiges alltägliches Leben gewährleistet. Noch immer steigen die Preise für Strom, Gas, Wasser, Kleidung, Nahrungsmittel. Noch immer sparen Hartz IV-Empfänger trotz ihres zu geringen Einkommens für Möbel, Schulbedarf, Kinderkleidung, Urlaub uvm. Das ist natürlich nicht gerecht. Die Erwartungen an DIE LINKE. sind deswegen völlig klar. Das Wahlergebnis der Bundestagswahl von 8.7 % (aus dem Stand) ist nicht zustande gekommen, um gemeinsam mit der SPD an irgendeiner Stelle Sozialabbaupolitik betreiben zu können sondern es ist vielmehr ein deutliches Votum der Wählerinnen und Wähler für einen Politikwechsel. Der muss herbei und zwar ab jetzt. Im

vergangenen November hat der Stadtvorstand mit knapper Mehrheit ein Ersuchen an die Linksfraktion im Leipziger Stadtrat abgelehnt, wonach die Fraktion nach den Vorstellungen der Arbeitsgemeinschaft Aktionskreis soziale Gerechtigkeit“ (AG ASG, Mitglieder der ehemaligen WASG) auf der Stadtratssitzung am 14.11.2007 einen Antrag auf Weihnachtsbeihilfe hätte stellen können. Auf der Sitzung des Stadtvorstandes am 13.11.2007 hat Dietmar Pellmann, nachdem sowohl er als auch die Linksfraktion seit dem 10.10.2011 von einer solchen Bürger- und Parteiinitiative wussten, diesen Antrag abgelehnt. Der Stadtvorsitzende machte sich den Gegenantrag Dr. Pellmanns zu eigen, dessen Begründung ausschließlich einerseits haushaltspolitisch abwehrend wie andererseits juristisch völlig falsch erläutert war. Dass Hartz IV abhängig von der Bundesgesetzgebung ist, stimmt zwar, bedeutet aber nicht, dass eine Stadt durch einfachen Beschluss keine Weihnachtsbeihilfe an bedürftige Empfängerinnen und Empfänger zahlen dürfte. Andere Kommunen haben das getan. Andere Linksfraktionen haben dies verlangt. Es kann auch in der nahen Zukunft nicht die Politik einer linken Fraktion bzw. derer Vertreterinnen und Vertreter sein, die defizitäre Haushaltslage einer SPD- oder CDU -geführten Kommune zu erklären. Ganz sicher hat es im Interesse einer Linken zu liegen, sich jeder sozialen Forderung, gemessen an der gegenwärtig realen Armutslage, zuzuwenden und Überlegungen anzustellen, wie diese umgehend Bestandteil einer parlamentari-

schen Initiative wird. Zumal macht dies dann Sinn, wenn der gleiche Politiker in der Landespolitik das Fehlen solcher Soforthilfen beklagt (Armutsthesen der sächsischen Linksfraktion, 10/11/2007, Armutskonferenz in Borna). Wir wünschen uns als Mitglieder der ehemaligen WASG, und nun als Parteimitglieder der Linken in der AG ASG, wie ebenso als Bürger Leipzigs und Sachsens, dass diesem Grundanliegen der Parteifusion aus 2007, in verschiedenen Erklärungen und Beschlüssen (u.a. Gründungserklärung des SV Leipzig, beschlossen durch die Delegierten auf dem 1. Stadtparteitag am 22.9.2007) in vollem Umfang Rechnung getragen wird. Dies ist schon deswegen nötig, um mit konsequentem Auftreten in den Wahlkampf für das „Superwahljahr“ 2009 zu gehen. Das Sozialticket, das Bürgerbegehren gegen die Privatisierung der Einrichtungen der öffentlichen Daseinsfürsorge (Stadtwerke, Verkehrsbetriebe, LWB etc.) sowie die Soforthilfen im Bereich des ALG auf kommunaler Ebene sind allesamt gleich zu wertende sozialpolitische Notwendigkeiten, die nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Wenn darüber keine Einigkeit erzielt werden kann, dann sind Verträge, Bestimmungen, Beschlüsse und Erklärungen im Zusammenhang mit dem Grundanliegen einer starken linken und sozialen Partei in Leipzig schlimmstenfalls überflüssig. Eine schleichende Integration der Linken in das Machwerk des Jahrzehnts (2010) darf es auf keiner politischen Ebene geben. Dann wären wir nicht gekommen, um zu bleiben.
Maximilian Meurer und Ingo Groepler Roeser

Arbeitsplan AG ASG 1. Halbjahr 2008

Die AG ASG Leipzig trifft sich jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat um jeweils 18:30 Uhr im Liebknecht-Haus zur Arbeitsberatung,

Die AG ASG Leipzig führt einmal in der Woche am Donnerstag von 13:00 Uhr – 15:00 Uhr in den Räumen der ASG eine Hartz IV-Sprechstunde durch. Bei Bedarf auch außerhalb des Termins nach telefonischer Vereinbarung. Das Angebot wird entsprechend ergänzt oder erweitert.

Ansprechpartner: Maximilian Meurer, Ingo Groepler Roeser

Thematische Schwerpunkte:

- Auswertung des Haushaltsplanes der

Stadt Leipzig 2008, sozialpolitische Perspektive

- Aufgaben und Ziele einer gerechten Sozialpolitik aus heutiger Sicht (Die Thesen der ASG)

- Soforthilfen, langfristige Anforderungen an Sozialpolitik

- Vorbereitung für die Durchführung eines Sozialkonventes in Leipzig mit Sozialorganisationen, Sozialverbänden und Initiativen (verschiedene Referenten angefragt)

- Weiterer Ausbau der Hartz-IV-Hilfestunden, Einbindung der parlamentarischen Linken - Einzelfallunterstützungen.



Linksfraktion legt Wert auf beschlussfähigen Haushalt

Bei der Diskussion um die Haushaltsplanung 2008 legt die Linksfraktion Wert auf einen beschlussfähigen Etat, der in seinen Schwerpunkten den Problemen der Stadt Leipzig gerecht wird.

Vor diesem Hintergrund hat sie 19 Änderungsanträge in die Debatte gebracht,

mit denen insgesamt ca. 3 Millionen Euro eingespart werden sollen. Ihnen stehen zusätzliche Ausgaben von rund 2,6 Millionen Euro gegenüber.

Schwerpunkte der Haushaltsanträge der Linksfraktion sind:

die finanzielle Sicherung der Einführung

eines Sozialtickets; die Schaffung von Voraussetzungen für die kommunale Beschäftigungsförderung; weitere Fortschritte bei der Schulsanierung; Investitionen zur Verbesserung der Umweltstandards und die Erhöhung des Zuschusses zur Kulturförderung in der Freien Szene.

Dr. Ilse Lauter

Trotz der günstigeren Arbeitsmarktdaten liegt Leipzig nach wie vor über dem sächsischen Durchschnitt

Am 1. Januar konnte Hartz IV seinen dritten Geburtstag feiern. Die große Mehrzahl der davon Betroffenen indes hat keinen Grund dazu.

So ermöglichen 347 Euro pro Monat keine Teilhabe am öffentlichen Leben. Diese Abkoppelung hat sich durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer und durch spürbare Verteuerung der Lebensmittel im vergangenen Jahr noch weiter verstärkt.

Darüber hinaus widerspricht die zur Schau gestellte Selbstsicherheit der Verantwortlichen in Bund, Land und in Leip-

zig auf dem Gebiet der Arbeitsmarktpolitik den Erfahrungen der Betroffenen. Bei dem Verweis auf die höchste Zahl sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze seit Jahren wird unterschlagen, dass eine Vielzahl dieser Stellen das Attribut „prekär“ trägt. Bei ihnen liegen die Verdienste unterhalb der Armutsgrenze, so dass es staatlicher Beihilfen zum Lebensunterhalt bedarf.

Mit einer für die Wintermonate durchaus respektablem Arbeitslosenrate von 15,5 Prozent liegt die Stadt Leipzig nach wie vor deutlich über dem sächsischen

Durchschnitt von 13,4 Prozent und den Werten von Dresden und Chemnitz.

Der Oberbürgermeister und sein zuständiger Bürgermeister sind daher gut beraten, wenn sie die Zeit bis zur Sonder-sitzung des Stadtrates nutzen, um konkrete Lösungsansätze für die kommunale Arbeitsmarktpolitik in Leipzig zu entwickeln.

Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu den Arbeitsgemeinschaften besteht die Chance, Veränderungen der Arbeitsmarktpolitik zu erreichen. Allerdings muss dieser Prozess politisch geführt und nicht wie bislang vorwiegend moderiert werden.

Wolfgang Denecke

Festivalisierung geht weiter

Dass für die Vorbereitung des Richard-Wagner-Jahres 2013 ein Kuratorium und ein Fachbeirat gebildet werden, ist nachvollziehbar. Ebenfalls ist es vernünftig, bis 2013 das eigentliche Völkerschlachtdenkmal fertig zustellen, auch um die bauliche Sicherung abzuschließen.

Kritisch muss aber hinterfragt werden, dass auf Antrag des Kulturausschusses der Stadtrat beschlossen hat, auf „Teufel komm raus“ bis 2013 nicht nur das Denkmal, sondern auch das gesamte Umfeld fertig zu gestalten. Dafür steht keine finanzielle Deckung durch Fördermittel des Bundes und städtische

Eigenmittel zur Verfügung. Ob mit oder ohne Umfeld liegt 2013 die Völkerschlacht 200 Jahre zurück und das Denkmal steht 100 Jahre.

Die Stadt hat wichtige Aufgaben bei der Sanierung und Modernisierung von kommunalen Gebäuden wie Schulen, Kitas, Krankenhaus oder Kulturbauten. Bereits seit 1991 wird ohne größere Probleme am Neuen Rathaus gebaut. Und das wird noch ein paar weitere Jahre dauern – trotzdem fand 2005 die Hundertjahrfeier der Einweihung statt.

Ach ja, die Flussarme in Leipzig sollen doch auch noch bis morgen freigelegt sein. Aber vielleicht dürften bei den Ver-

bindlichkeiten des Freistaates in Milliardenhöhe und der prekären städtischen Haushaltlage offenbar die „paar“ Millionen nicht mehr ins Gewicht fallen? Die Festivalisierung soll in den kommenden Jahren in Leipzig also weiter gehen. Verständlich ist die Reaktion des Pfarrers der Thomaskirche, der daran erinnerte, dass 2012 der Thomanerchor 800 Jahre ununterbrochen besteht und damit die mit Abstand älteste städtische Kulturinstitution ist.

Manchmal sollte die Frage erlaubt sein, ob manches nicht auch etwas länger dauern darf, ohne auf etwas verzichten zu müssen.

Siegfried Schlegel

Linksfraktion verurteilt Randalere am Connewitzer Kreuz

Randalierer, die das Eigentum anderer beschädigen und dabei auch noch gewalttätig auf andere Menschen losgehen, deren Gesundheit gefährden, müssen auf schnellstem Wege strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Diese Leute finden sich nach Fußballspielen, nach Konzerten, überall dort, wo es größere Menschenansammlungen gibt, um aus der Menge heraus Randalere zu veranstalten.

Mit politischen Überzeugungen hat das nichts zu tun. Im Gegenteil: Sie verunglimpfen Menschen, die sich mit friedli-

chen Mitteln für Frieden, Völkerverständigung, soziale Gerechtigkeit und gegen Rechtsextremismus einsetzen. Im konkreten Fall führt dies auch zur Stigmatisierung eines Stadtteils, der aufgrund seiner bunten Vielfalt gerade bei jungen Leuten beliebt ist und in dem es in der Regel friedlich zugeht.

Es verwundert nicht, dass sich nun Experten zu Wort melden, die die Gefahr des Linksextremismus heraufbeschwören und dabei entgegen aktueller Statistiken diese gleichsetzen mit der Gefahr, die vom Rechtsextremismus ausgeht,

wie dies Prof. Jesse im LVZ-Artikel vom 3.1.2008 getan hat. Die Linksfraktion fordert, dass die Ereignisse in der Silvesternacht am Connewitzer Kreuz zur Beurteilung der Gesamtsituation ausgewertet und entsprechende Schlussfolgerungen gezogen werden. Wir unterstützen den Vorschlag des Oberbürgermeisters, der eine Sicherheitspartnerschaft zwischen Stadt, Polizei und Anwohnern vorgeschlagen hat. Letztendlich setzen wir auch zukünftig auf Deeskalation statt Konfrontation.

Rüdiger Ulrich

Regelmäßige Termine

Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag im Monat, 18:30 Uhr

AG ASG Leipzig

jeden 2. und 4. Donnerstag, 18:30 Uhr

AG Behindertenpolitik

jeden 3. Dienstag, 15:00 Uhr,

Wahlkreisbüro MdL Dr. Pellmann, Stuttgarter Allee 6

AG Betrieb & Gewerkschaft

jeden 2. Donnerstag, 19:00 Uhr

AG Cuba si

jeden 2. Dienstag, 18:00 Uhr

AG Junge GenossInnen

jeden 1. Mittwoch, 18:30 Uhr

AG Lisa

jeden 3. Montag, 19:00 Uhr

AG Praktika

dienstags, 19:00 Uhr

AG Senioren

jeden 1. Donnerstag, 9:00 Uhr

AG Soziale Politik

jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr, linxxnet.

AG Tollwut

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

GBM e. V. – Sprechstunden

jeden 1. Montag, 9:15 bis 11:15 Uhr

GRH e. V. – Sprechstunden

jeden 3. Mittwoch, 15:00 Uhr

ISOR e. V.

jeden 4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Messemagistrade, Straße des 18. Oktober 10 a

Kommunistische Plattform

jeden 1. Donnerstag, 18:30 Uhr

Ökologische Plattform

jeden 1. Mittwoch, 19:00 Uhr

Marxistisches Forum

jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr

Die Linke.Hochschulgruppe

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

Rentenberatung

Termine nach telefonischer Vereinbarung unter Tel.: 14 06 44 11

Stadtvorstandssitzung

jeden 2. und 4. Dienstag, 19:00 Uhr

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

Terminvorschau

Do., 24. Januar 2008 - 18:00 Uhr

Buchvorstellung und Diskussion: »Gerhard Fuchs. Ein Sechsstaaatenbürger« Die Erinnerungen eines Mittelosteuropa-Historikers. Mit dem Autor Prof. Dr. Gerhard Fuchs, Historiker, Leipzig. Moderation: Dr. Gerald Diesener. In Zusammenarbeit mit der Karl-Lamprecht-Gesellschaft Leipzig e. V. RLS.

Fr., 25. Januar 2008 - 18:00 Uhr

„ERZÄHLEN & SCHREIBEN“ Lesung und Begegnung mit der FREITAGSWERKSTATT/ Verein DIALOG e. V. mit AG LISA, LHL.

Sa., 26. Januar 2008 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen Leipzig. Der Eintritt ist frei. Gezeigt wird der Film: „Zug des Lebens“. LHL.

So., 27. Januar 2008 - 8:00 Uhr

1. Bürgerentscheid in Leipzig: JA sagen zu kommunalem Eigentum

So., 27. Januar 2008 - 14:00 Uhr

Abfahrt der Busse zur Kranzniederlegung nach Abtnaundorf. Beginn der Kranzniederlegung 14:30 Uhr, Neues Rathaus.

Mo., 28. Januar 2008 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde und Beratung zu Sozialfragen mit MdL Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro Stuttgarter Allee 6.

Di., 29. Januar 2008 - 18:00 Uhr

Buchvorstellung und Diskussion: »Und dennoch Hoffnung. Peter Weiss« Jens-Fietje

Dwars stellt seine Biographie eines Jahrhundertautors vor und fragt nach einer Ästhetik des Widerstands im Hier und Heute. Mit dem Autor Dr. Jens-Fietje Dwars, Philosophiehistoriker, Jena. Moderation: Prof. Dr. Karl-Heinz Schwabe, RLS.

Mi., 30. Januar 2008 - 18:30 Uhr

Buchvorstellung und Diskussion: »Rosa Luxemburg und Leipzig« Mit dem Autor Prof. Dr. Erhard Hexelschneider. Klub Gshelka, An der Kotsche 51.

Do., 31. Januar 2008 - 18:00 Uhr

Kornelia Richter liest ihre philosophischen Geschichten. Thema: Marktwirtschaft unser Schicksal? LHL.

Do., 7. Februar 2008 - 9:00 Uhr

Beratung der AG Senioren: Ein Jahr mit Ärzten für die Welt in einem Slum von Nairobi mit Dr. Helga Lemme. LHL.

Do., 7. Februar 2008 - 18:00 Uhr

Lesung und Diskussion: »In historischer Mission. Erinnerungen eines Staatsmanns« Mit dem Autor Hans Modrow. Moderation: Dr. Monika Runge, MdL, RLS.

Di., 12. Februar 2008 - 18:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: Individualität und Eigentum. Mit Dr. Christian Schmidt, Leipzig. RLS.

Mi., 13. Februar 2008 - 18:00 Uhr

Buchvorstellung und Diskussion: »Ekkehard

Lieberam: Prekarität ist überall« Vorstellung der im Verlag edition ost unter diesem Titel erschienenen Schrift und des Bandes 4 »Mehr Profite – mehr Armut« der Reihe Beiträge zur Klassenanalyse des Projekts Klassenanalyse@BRD. Mit dem Autor Prof. Dr. Ekkehard Lieberam, Leipzig. Moderation: Prof. Dr. Kurt Schneider, RLS.

Di., 15. Februar 2008 - 18:00 Uhr

Treff der Zusammenschlüsse der Partei DIE LINKE. Leipzig. LHL.

Mo., 18. Februar 2008 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde und Beratung zu Sozialfragen mit MdL Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro Stuttgarter Allee 6.

Do., 21. Februar 2008 - 18:00 Uhr

Kornelia Richter lädt ein zum Kommunismus-Disput. Thema: Die strategische Ausrichtung der humanistischen Bewegung für Lebensrechte. LHL.

23. Februar 2008 - 9:00 Uhr

2. Tagung des 1. Stadtparteitages der Partei DIE LINKE. Leipzig, Tagungshotel Deutsche Telekom, Zschochersche Straße 69.

Sa., 23. Februar 2008 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen Leipzig. In dieser Reihe werden gesellschaftskritische und politische Filme gezeigt. Der Eintritt ist frei. Gezeigt wird der Film: »Schildkröten können fliegen«. LHL.

Impressum:

Herausgeber:

DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig, fon: 0341 - 14 06 44 11, fax: 0341 - 14 06 44 18
web: www.die-linke-in-leipzig.de, email: vorstand@die-linke-in-leipzig.de

Spendenkonto:

Sparkasse Leipzig, KontoNr.: 11 25 50 42 22, BLZ: 860 555 92

Redaktion:

Steffi Deutschmann, Christine Halle, Andreas Kermer, Christina Mertha, Sören Pellmann (V.i.S.d.P.), Wolfgang Teske

Gestaltung:

Sören Pellmann

Druck:

Stadt Leipzig, Hauptamt

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die Nummer 2/2008 ist Donnerstag, 7. Februar 2008. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.